

**1. Wettbewerbsfähigkeit: Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen legt die Basis für ein tragfähiges Wirtschaftswachstum und hohe Beschäftigung. Nennen Sie Ihre TOP 3 Maßnahmen, mit denen Sie die Rahmenbedingungen für die hessischen Unternehmen wettbewerbsfähiger machen wollen?**

In Zeiten von Inflation und schwächelnder Konjunktur ist es entscheidend, jetzt alle Zeichen auf Wachstum zu stellen. Wir wollen das freie Unternehmertum stärken und die Grundskepsis gegenüber unternehmerischem Erfolg überwinden. Der Wirtschaftsstandort muss attraktiver werden für die besten Fachkräfte, dazu braucht es eine umfassende Entbürokratisierung. Die Landesverwaltung muss im 21. Jahrhundert ankommen und ihre Prozesse digitalisieren. Darüber hinaus braucht es eine Infrastrukturoffensive für Schiene, Straße, Glasfaser und 5G in allen Landesteilen.

**2. Duale Berufsbildung: Obwohl Ausbildungsberufe nach bundeseinheitlichen Vorgaben umgesetzt werden sollen, unterscheidet sich der Unterricht, die Ausstattung und das Know-how von Lehrkräften. Insbesondere Unternehmen mit vielen Niederlassungen stellt das vor Herausforderungen. Wie werden Sie dafür sorgen, dass es einen landesweit einheitlichen hohen Standard für Ausstattung und Infrastruktur an Berufsschulen gibt, um für gleiche Ausbildungsverhältnisse in bundesweit einheitlichen Ausbildungsberufen zu sorgen?**

Wir müssen wieder mehr junge Menschen für das Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung begeistern. Es braucht eine vergleichbar hochwertige digitale Infrastruktur an allen Schulen in Hessen, insbesondere an den Berufsschulen. Dazu gehören u.a. die Ausstattung mit schnellem Internet, Hardware wie z.B. Präsentationstechnik (White Boards u.v.m.), digitale Endgeräte für bedürftige Schüler/innen sowie ein Pool KI-gestützter Anwendungen, den die Schulen nutzen können. Für die Herstellung und die Wartung eines vergleichbaren Standards wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel und eigenverantwortlich nutzen können.

**3. Fachkräftesicherung: Die qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland ist ein wesentlicher Hebel zur Linderung des Fachkräftemangels. Im Zuge unserer Beratung der Unternehmen bei der Fachkräfteeinwanderung sind Verbesserungsmöglichkeiten offensichtlich geworden. Wie stehen Sie der Forderung zur Einführung einer Zentralen Ausländerbehörde gegenüber? Wenn nein, welche anderen Ansätze sehen Sie, um die Verwaltungsprozesse (im Einflussbereich des Landes) bei der Fachkräftezuwanderung zu vereinfachen?**

Der Arbeitskräftemangel ist derzeit das größte Risiko für die hessische Wirtschaft. Das Land muss in seinem Einflussbereich sämtliche Hebel in Gang setzen um die Einwanderung hochqualifizierter Fachkräfte schneller und einfacher zu gestalten. Die kommunalen Ausländerbehörden in Hessen sind vielerorts überfordert, sodass Verfahren unsäglich lange dauern. Wir setzen uns deshalb für die Schaffung einer Zentralen Ausländerbehörde ein, die sich ausschließlich um die Ausstellung und Anpassung von Aufenthaltstiteln kümmern soll. Entscheidend ist, dass die Zentrale Ausländerbehörde vollständig digital arbeitet und personell gut ausgestattet wird.

**4. Infrastruktur: Die Stärke der Hessischen Wirtschaft und damit auch unser Wohlstand ist auch davon abhängig, ob die Hessischen Unternehmen ihre Produkte reibungslos bis zu ihren Kunden transportieren können. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass der**

**Gütertransport in Hessen schnell und zuverlässig läuft, damit Unternehmen in Hessen nicht in ihrer Wertschöpfung ausgebremst werden.**

Über 85 % des Güterverkehrsaufkommens in Deutschland werden auf der Straße transportiert. Gleichzeitig ist in Hessen jede zweite Landstraße in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Deswegen haben Sanierung und Ausbau des Straßennetzes Priorität. Dazu zählen auch die Lückenschlüsse von A44 und A49. Wir wollen die grüne Blockade bei der Beschleunigung der von Bundesverkehrsminister Wissing vorgeschlagenen Autobahnprojekte beenden. Die von der Bundesregierung beschlossene Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss auch für hessische Schieneninfrastrukturprojekte, zum Beispiel den Fernbahntunnel, gelten.

**5. Flächenbedarf: In vielen Regionen Hessens werden die Gewerbeflächenpotenziale immer knapper und hemmen somit die Entwicklung für ansässige und ansiedlungswillige Unternehmen. Fach- und Arbeitskräfte finden kaum noch verfügbaren und beziehbaren Wohnraum. Wie wollen Sie landespolitisch eine strategische Flächenentwicklung für Gewerbe und Wohnen in Hessen konkret voranbringen?**

Unternehmen und Wohnungsmarkt in Hessen brauchen zusätzliches Bauland - auch im Außenbereich. Wir wollen eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei der Ausweisung neuen Baulands. Es braucht über die bisherigen Programme wie den Frankfurter Bogen hinausgehende Instrumente. Dazu wollen wir einen echten finanziellen Anreiz zur schnelleren Ausweisung von Bau- und Gewerbeflächen im Kommunalen Finanzausgleich verankern, der auch die Folgekosten von Gebietsausweisungen in den Blick nimmt.

**6. Energie: Erhebliche Preissteigerungen für Energiebedrohen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kommt kaum voran. Hessen bleibt, wie kein anderes Flächenland, auf Energieimporte angewiesen. Und dass bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf. Mit welchen Strategien zur klimaneutralen Stromerzeugung wollen Sie der Verdreifachung des Strombedarfs begegnen und ausreichende Mengen von Wasserstoff dem Markt zur Verfügung stellen?**

Der Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur ist von zentraler Bedeutung. Deshalb muss Hessens schnell an das Wasserstoff-Kernnetz angeschlossen werden. Auch der Ausbau erneuerbarer Energien muss schneller voranschreiten. Das gilt insbesondere für regelbare Biomasse- und Biogaskraftwerke und Solarthermie sowie PV auf Dächern und bereits versiegelten Flächen. Insbesondere in Südhessen haben wir großes Potential für Tiefengeothermie. Das wollen wir nutzen. Wir wollen die Kernfusionsforschung stärken und Hessen damit an die Spitze der technologischen Entwicklung setzen.

**7. Nachhaltigkeit: Die derzeitigen Gesetzgebungsverfahren der EU wie die EU-Taxonomie, die CSRD-Richtlinie, Sustainable Finance und schließlich auch das Lieferkettengesetz stellen Unternehmen vor große Herausforderungen. Was wollen Sie tun, um diesen praxisfernen und bürokratischen Vorgehensweise Einhalt zu bieten, um insbesondere –aber nicht nur – kleine und mittlere Unternehmen zu entlasten**

Hessen muss gegenüber der Europäischen Union, beispielsweise über den Europäischen Ausschuss der Regionen, oder über Bundesratsinitiativen, klar artikulieren, dass Bürokratiemonster wie das Lieferkettengesetz die hessische Wirtschaft hemmen und das Wachstum ausbremsen. Abgesehen davon muss das Land in der eigenen Gesetzgebungskompetenz auf bürokratiearme Lösungen setzen. Dazu wollen wir unter anderem das Hessische Vergabegesetz

entbürokratisieren. Die Vergabe von Aufträgen darf nicht politisch motiviert sein, deswegen wollen wir vergabefremde Kriterien aus dem Hessischen Vergabegesetz streichen.